

So denkt der FDP-Ortsverband Werl über die aktuelle „Tablet-Diskussion“:

Bevor wir zu der aktuellen Debatte Stellung nehmen, möchten wir deutlich machen, was uns grundsätzlich leitet und motiviert: Bei all unseren Entscheidungen steht der Mensch im Mittelpunkt und unser Handeln berücksichtigt die Bedürfnisse aller BürgerInnen in Werl.

Auch deshalb wünschen wir uns eine moderne schlanke Verwaltung und Ratsarbeit, deren Abläufe soweit digitalisiert werden, dass personelle Kapazitäten für möglichst wenig Bürokratie gebunden werden müssen. Außerdem wollen wir möglichst viele BürgerInnen an Entscheidungsfindungen und -prozessen teilhaben lassen, damit diese eine höhere Akzeptanz finden. Erstes Ziel muss immer sein: die BürgerInnen müssen entlastet werden.

Diese Grundsätze standen auch bei der Antragsstellung zu Anbeginn der Legislaturperiode im Fokus. Wir beantragten:

1. Die Entlastung der Werler Gastronomen durch Wegfall der Sonderbeiträge für die Außengastronomie (einstimmig beschlossen).
2. Live-Streaming der Ratssitzungen mit gleichzeitiger Aufzeichnung in einer Mediathek, damit BürgerInnen die Möglichkeit bekommen politische Abläufe und Entscheidungen zu verstehen und sich ihre eigene Meinung bilden können, statt sie von der Presse gebildet zu bekommen. Eine digitale Bürgerfragestunde sollte in einem zweiten Schritt eingeführt werden. Hier stimmte außer uns der gesamte Rat dagegen, aus Angst im Internet mit gesprochenen Worten verfremdet und diffamiert zu werden.
3. Beantragung einer zeitweiligen Aussetzung der Sonderzulagen für Ausschussvorsitzende und Prüfauftrag an die Verwaltung, ob ein Sozialfonds getrennt von der Stadtkasse eingerichtet werden kann. Dieser Sozialfonds, der mit den frei gewordenen Zusatzbeiträgen der Ausschussvorsitzenden sowie Spenden angefüllt werden sollte, sollte akut durch die Pandemie in Not geratenen Vereinen, Händlern und/oder Gastronomen mit einer Einmalzahlung von bis zu 1.500,- Euro eine unbürokratische schnelle Hilfe leisten.
Auch dieser Antrag wurde vom Rat abgelehnt.

Das Wissen um diese Anträge ist wichtig, um auch die aktuellen Entwicklungen besser einordnen zu können. Und hier kommen nun die Fakten der getroffenen Vereinbarung im Hauptausschuss zur „Tablet-Diskussion“. Wir haben dem Antrag der CDU auf Gewährung eines Zuschusses an die Fraktionen (z. B. zur Anschaffung von digitalen Endgeräten) unter den folgenden Bedingungen zugestimmt:

1. Der vorgeschlagene Zuschuss ist ein erster Aufschlag für mehr Digitalisierung (dazu gehört auch die Übertragung von Sitzungen per Streaming).
2. Es können nicht nur Tablets/Laptops angeschafft werden, sondern auch Kosten für Videokonferenzen, Schulungen, Social Media etc. refinanziert werden.
3. Die zweckgebundenen Gelder können und sollen bei Nichtverwendung am Ende des Jahres zurückgezahlt werden.

Auch wenn diese Bedingungen sicherlich schon ein etwas anderes Licht auf die Dinge werfen, bleibt aber bei Vielen sicherlich dennoch die Frage, warum das Geld denn nicht trotzdem für etwas anderes genutzt werden kann.

Was kaum bekannt ist, es gibt für alle (Steuer)Gelder, die genutzt bzw. ausgeschüttet werden, einen jeweiligen zweckgebundenen Fonds.

Einfach ausgedrückt: Es steht kein voller Goldeimer im Keller des Rathauses, Land- oder Bundestags, an dem sich jeder bedienen kann, wie er möchte.

Vielmehr befinden sich die Steuergelder in einem großen Kessel, der verschiedene Töpfe bedient: da ist z.B. ein Topf für Digitales, einer für Gesundheit, einer für Verkehr, einer für Soziales, einer für Bau usw.. Es gibt sehr viele Töpfe. Die Töpfe werden nicht gemischt und ihr Inhalt/das Geld darf nur für das genutzt werden, was auf dem Topf draufsteht.

Von Bund und Land wurde die Digitalisierung der Kommunenverwaltungen und Räte ebenso wie die der Schulen, LehrerInnen und SchülerInnen mit speziellen Fördergeldern auf den Weg gebracht. Es ist dann an den jeweiligen Nutzergruppen, dieses Geld sinnvoll und für genau den Zweck zu gebrauchen. Für die (digitale) Ausstattung der Schulen/LehrerInnen/SchülerInnen sind die jeweiligen Schulträger zuständig. Wenn diese das Geld nicht abschöpfen und einbringen, kann es nicht ankommen, wo es gebraucht wird.

Stand 25.09.2020 wurden von den Kommunen/Schulträgern gerade einmal 15% abgerufen, da es eben ein schlüssiges Digitalkonzept braucht, welches zunächst erstellt werden muss. Hier sind auch die Elternvertreter gefragt, um den Schulen/Schulträgern mit Nachdruck den diesbezüglich auf die Füße zu treten. Gleichzeitig sind wir bemüht, den Schulen zu helfen, da ihr Auftrag zu lehren nicht von administrativen Aufgaben rund um die Digitalisierung überlappt werden darf.

Um die Verwaltung zu verschlanken, ist die Umstellung auf digitales Arbeiten, sprich papierlos, schon längst gestartet. Im Haushalt wurden hierfür bereits 10.000 Euro vorgesehen und eingeplant. Nun sollen im nächsten Schritt auch die Werler Ratsmitglieder komplett digital arbeiten.

In unserem Fall, der FDP, werden unsere sachkundigen Bürger, ohne deren Einsatz unsere sehr kleine Fraktion gar nicht sinnvoll arbeiten könnte, mit ein bis zwei digitalen Endgeräten (die unter den Beteiligten „wandern“) sowie speziellen Schulungen mit der Ratsarbeit vertraut gemacht.

Die sachkundigen Bürger erhalten so gut wie keine Aufwandsentschädigungen, arbeiten aber (in unserem Fall) genauso engagiert mit wie jedes Ratsmitglied. Für uns ist deren Ausstattung also tatsächlich „Ehrensache“, eine Form der Anerkennung und Notwendigkeit.

Die zunächst strikte Weigerung der anderen Fraktionen und jetzt vorsichtige Öffnung zu diesem Thema ist kein unmoralischer „Kuhhandel“ für uns, sondern genau die Chance, um Politik transparent zu gestalten. Doch der Kreis schließt sich erst, wenn

beim Thema Digitalisierung weiter gedacht wird und die BürgerInnen noch direkter davon profitieren.

Gleichwohl haben wir nicht nur Verständnis, sondern sogar Hochachtung für jede Familie, die (egal ob durch Corona oder andere Umstände) nur mit größter Anstrengung für die digitale Ausstattung der Kinder sorgen kann. Die vergangene Aktion „Wunschbaum“ mit der größten Nachfrage seit Anbeginn dieser Veranstaltung zeigte uns ja deutlich die Not mancher Werler Familien.

Wir versprechen, dies nicht unbeachtet zu lassen und werden uns weiterhin ganzjährig für die Unterstützung und Entlastung von Familien einsetzen. Gleichzeitig bitten wir aber um Verständnis, wenn wir parallel die gebotenen Möglichkeiten nutzen, um diesen Weg überhaupt vernünftig gehen zu können.

Final möchten wir noch betonen, dass wir, der FDP-Ortsverband, keine „homogene privilegierte Masse“ ist. Wir sind Bürgerinnen und Bürger mit Kindern, die wir während der Arbeitszeit beim Home-Learning oder kurz vor dem Abitur oder anderen Prüfungen unterstützen; wir haben Eltern und Großeltern, um deren Gesundheit wir bangen, Verwandte und Freunde, die in der Pandemie verzweifeln; manche sind verantwortlich für Angestellte, die Angst um ihren Arbeitsplatz oder vor Ansteckung an Covid haben oder fürchten selbst um ihre Existenz. Deshalb sind und bleiben wir da, wo wir angefangen haben: in Ihrer/Eurer Mitte!